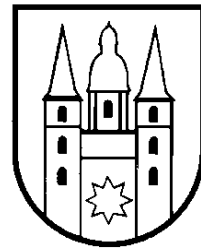


Stadt Marienmünster

Der Bürgermeister



N i e d e r s c h r i f t

03/009/2017

über die Sitzung **des Bauausschusses**
am **Mittwoch**, dem **29.11.2017**, von **18:00 Uhr** bis **19:40 Uhr**
im **Sitzungssaal des Rathauses**

Anwesend:

Bürgermeister
Robert Klocke

Vorsitzende/r
Josef Büker

stellv. Vorsitzende/r
Olaf Wittrock

Ordentliche Mitglieder
Hubert Bartram
Klaus Dieter Becker
Josef Dreier
Christoph Gemmeke
Gerhard Meier
Sybille Mocker-Schmidt
Hermann Müller
Kai Schöttler

stellv. Mitglieder
Klaus-Peter Gosse
Helmut Lensdorf

Protokollführer
Stefan Niemann

von der Verwaltung
Klaus Hasenbein

Abwesend:

Ordentliche Mitglieder
Stefan Köhne
Mathias Schmidt
Klaus Wittek

Presse:

-keine-

Zuhörer:

Elmar Stricker, Ratsherr,
Josef Wolff, Ratsherr,
sowie 8 weitere Zuhörer.

Öffentlicher Teil**1. Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende des Bauausschusses, Josef Büker, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung und die erschienenen Zuhörer.

Er stellt sodann die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Auf Antrag der CDU wird die Tagesordnung um den Punkt 3.4 ergänzt.

2. Bericht der Verwaltung zur Abarbeitung der Prioritätenlisten des Straßen- und Wegekonzepts der Stadt Marienmünster für Gemeinde- und Wirtschaftswege

Klaus Hasenbein berichtet anhand der Prioritätenliste aus der Sitzung vom 25.10.2016, dass bei den Gemeindestraßen bislang die Ränge 1 und 2 (Ausbau Am Oldenburger Weg 12-5 und neue AFB-Decke Am Oldenburger Weg 10-12) fertiggestellt worden sind. Weiterhin seien die Ränge 5 und 8 (Ausbau Festplatz Altenbergen und Erneuerung der Fahrbahn in der Siedlungsstraße Hohehaus Nr. 22-40) vorgezogen worden, da sie im Zusammenhang mit anderen Baumaßnahmen sinnvollerweise in einem Zug abzufertigen waren. Der Neuausbau Bremerberg 22-18a auf Rang 3 sei derzeit im Ausschreibungsverfahren und werde im ersten Halbjahr 2018 durchgeführt. Die übrigen Ränge der Prioritätenliste seien nach zur Verfügung stehenden Mitteln in den kommenden Jahren abzarbeiten.

Herr Hasenbein berichtet weiter, dass im Bereich der Wirtschaftswege mit den vorhandenen Haushaltsmitteln nur ein Teilabschnitt des auf Rang 1 eingeordneten Verbindungsweges zwischen der L755 am Ortseingang Bredenborn und dem Radweg R1 fertiggestellt worden ist.

Kai Schöttler appelliert, im Haushalt 2018 möglichst eine höhere Summe für die Gemeindestraßen- und Wirtschaftswegeunterhaltung einzustellen.

Josef Dreier berichtet, dass bei der Sanierung des Wirtschaftsweges die Bankette nicht gut verdichtet worden sei. Im Übrigen sei der Wirtschaftsweg auch nach der Erneuerung nicht für den mittlerweile vorherrschenden Schwerlastbetrieb der Landwirtschaft geeignet.

Klaus Hasenbein stellt klar, dass es nicht vorgesehen gewesen sei, die Wirtschaftswege für die Größe der heutigen Maschinen auszustatten. Dafür könnten nicht genügend Mittel im Haushalt bereitgestellt werden. Zu der Bankette ergänzt er, dass die Sanierungsmaßnahme noch nicht mit der ausführenden Firma abgenommen worden ist und die Thematik dann beraten werde.

Auf Nachfrage von Josef Büker erklärt Herr Hasenbein, dass die von ihm kalkulierten Preise für die Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen bislang eingehalten werden konnten. Es sei aber insgesamt eine Teuerung in den vergangenen Jahren zu erkennen.

3. Bericht der Verwaltung über die Umsetzung der im Haushalt 2017 beschlossenen Baumaßnahmen

3.1. Durchgeführte Baumaßnahmen

Siehe TOP 3.3.

3.2. Laufende Baumaßnahmen

Siehe TOP 3.3.

3.3. Noch nicht durchgeführte Baumaßnahmen

Klaus Hasenbein und Stefan Niemann stellen die durchgeführten, laufenden und noch nicht durchgeführten Maßnahmen vor.

Kai Schöttler erkundigt sich, warum der Bauhof bei den noch nicht fertiggestellten Maßnahmen, insbesondere auch bei der Sanierung der Herrentoilette im Rathaus, eingebunden ist. Herr Hasenbein erklärt, dass die Einbindung des Bauhofs in einige Maßnahmen von Anfang an geplant gewesen sei. Besonders in den regnerischen Herbst- und Wintertagen seien „Innenarbeiten“ ohne zeitliche Bindung für die Kollegen des Bauhofs zwischendurch zur Auslastung sinnvoll.

3.4. Information über die eingereichten Baumaßnahmen 2018 der Ortsausschüsse und Ortsvorsteher

Bürgermeister Klocke verliest den Antrag der CDU-Fraktion, über die von den Ortsvorstehern und Ortsausschüssen eingereichten Baumaßnahmen für 2018 informiert werden zu wollen.

Herr Niemann und Herr Hasenbein verteilen hierzu eine Aufstellung sämtlicher eingereicherter Maßnahmen, die auch dem Protokoll beigelegt ist.

Die Vorstellung und Beratung zu den Baumaßnahmen wird im Rahmen der Haushaltsberatungen erfolgen.

Herr Stricker erklärt, er habe das Gefühl, viele der Baumaßnahmen seien erst nach der Sommerpause angelaufen und erfragt die Gründe hierzu.

Herr Hasenbein und Herr Klocke berichten, dass nach dem Beschluss des Haushalts zunächst die Genehmigungsphase anschließt. Danach seien dann die Leistungsverzeichnisse vorzubereiten und die Ausschreibungen zu versenden. Insbesondere aufgrund des sehr großen Haushaltsvolumens in dem Jahr 2017 sei die Vorbereitungszeit länger gewesen.

Bei dem Ausbau der Bushaltestellen, als eine der größeren Maßnahmen, sei zudem erst vor zwei Wochen der Zuwendungsbescheid eingegangen, ohne den die Arbeiten nicht begonnen werden durften.

Herr Schöttler erkundigt sich, ob es sinnvoll ist, den Haushalt noch früher einzubringen.

Herr Klocke entgegnet, dass besonders das Jahresende auch in der Verwaltung immer sehr arbeitsintensiv ist und schon alleine daher die dann nochmals vorgezogenen Ausschreibungen nicht bewältigt werden könnten. Zudem sei die Einbringung des Haushalts mit verlässlichen

Zahlen erst im Dezember möglich, da die Berechnungen aus dem Gemeindefinanzierungs-gesetz und auch die verlässlichen Zahlen zum Kreishaushalt erst im November/Dezember zur Verfügung stehen.

4. Vorgesehene Pflegearbeiten in den Ortschaften im Winterhalbjahr 2017/18 (Baum-, Strauchschnitte sowie Arbeiten an den Banketten und Gräben)

Herr Hasenbein berichtet, dass der Schwerpunkt der Pflegearbeiten des Bauhofs im Winterhalbjahr in dem großzügigen Auslichten der Bäume und Sträucher innerhalb der Ortschaften liegen wird. Gräben würden nur punktuell ausgehoben, da der Aushub zu dieser Jahreszeit nicht auf die angrenzenden Felder verbracht werden kann.

Im Zusammenhang mit den Pflegearbeiten an den Bäumen weist Herr Hasenbein nochmals auf den Wusch des Bauhofs hin, im kommenden Jahr eventuell einen gebrauchten Hubsteiger zu erwerben. Derzeit fielen für die Miete der Hubsteiger jährlich etwa 8.000 – 9.000 € an. Ein Teil dieser Kosten entstehe dadurch, dass der Hubsteiger auch an Tagen bezahlt werden muss, an denen es witterungstechnisch nicht möglich ist, Bäume zu schneiden. Insgesamt könne sich die Anschaffung über einen kurzen Zeitraum amortisieren.

Herr Stricker bittet auch um Prüfung, ob eine städteübergreifende Anschaffung sinnvoll sein könnte.

5. Stand der Umstellung der Ortsbeleuchtungen auf LED-Technik

Klaus Hasenbein berichtet, dass die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik weitestgehend abgeschlossen ist. Die Aufträge seien bis auf Kleinstmaßnahmen Ende der kommenden Woche abgearbeitet.

Der Aufwand der Umstellung sei höher gewesen, als vorher erwartet, da viele Fehler im Netz gefunden wurden.

Auf Nachfrage von Gerhard Meier erklärt Herr Hasenbein, dass künftig etwa nur noch 1/3 der jährlichen laufenden Kosten zu erwarten seien, obwohl die Straßenbeleuchtung in den Abend- und Nachtstunden durchgängig eingeschaltet ist.

Herr Niemann weist im Zusammenhang darauf hin, dass er von vielen Bürgern aus mehreren Ortschaften gehört habe, dass sie gerne den ursprünglichen Zustand, mit ausgeschalteten Straßenlampen in den Nachtstunden, zurück hätten. Eventuell sei über dieses Thema im kommenden Jahr noch zu beraten.

6. Sachstandsbericht zur Windkraftthematik

Stefan Niemann berichtet, dass eigentlich kein neuer Stand zur Windkraft zu vermelden sei. Ursprünglich habe er geplant gehabt, nach den Sommerferien eine Offenlage einzuleiten. Aufgrund der Wahl der neuen Landesregierung und der anschließend im Koalitionsvertrag beschriebenen Abstandsregelung von 1.500 m zu reinen und allgemeinen Wohngebieten habe er zunächst die Planung eingebremst, um bei Einführung einer derartigen gesetzlichen Regelung die Planung nicht von vorn beginnen zu müssen. Mittlerweile habe sich aber gezeigt, dass eine

landesrechtliche Regelung zum Abstand von 1.500 m in der nächsten Zeit nicht zu erwarten sei, sodass die Planung nun weitergeführt worden ist.

Nunmehr liege eine Abwägungsmatrix des Planungsbüros vor. Einzig die artenschutzrechtlichen Belange der Abwägung seien im Verzug, da das ursprünglich engagierte Beratungsbüro mittlerweile auch für Projektierer von Windkraftanlagen im Stadtgebiet tätig ist und dadurch die Neutralität in Frage gestellt werden müsse. In der vergangenen Woche sei deshalb ein neues Büro beauftragt worden, das die Ergebnisse nach einer Einarbeitungszeit bis Ende des Jahres vorlegen werde.

Herr Niemann mutmaßt, dass die nächste Sitzung zum Thema Windkraft mit anschließender Offenlage daher im Februar zu erwarten sei.

Auf Nachfrage von Klaus-Peter Gosse erklärt Herr Niemann, dass die Stadt Marienmünster auf Planungen zur Windkraft im angrenzenden Gebiet der Stadt Höxter nur in dergestalt einwirken könne, dass auf die Einhaltung der Immissionswerte hingewiesen werde. Andere Einflussmöglichkeiten seien ihm momentan nicht bekannt. Die Stadt Höxter könne in Marienmünster auch auf die Immissionswerte hinweisen, aber ggf. auch auf denkmalrechtliche Belange im Zusammenhang mit dem Weltkulturerbe Corvey.

7. Mitteilungen und Anfragen

-keine-

8. Fragen von Einwohnern

Johannes Hoffmeister erkundigt sich nach der Anzahl der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zum Thema Windenergie im Stadtgebiet von Marienmünster. Herr Niemann berichtet, dass zwischen 150 und 200 Stellungnahmen eingegangen sind, von denen gerade einmal zwei Stellungnahmen „pro“ Windenergie argumentiert gewesen sind.

Auf weitere Nachfrage, wann der Windenergieerlass verabschiedet werde, erklärt Herr Niemann, dass dies in Kürze passieren werde.

Herr Hoffmeister macht sodann deutlich, dass aus seiner Sicht die im Windenergieerlass genannten 1.500 m Abstand zu reinen und allgemeinen Wohngebieten auch für das Repowering in Großenbreden/Hohehaus hätten gelten müssen, da von einer typischen Fallgestaltung im Windenergieerlass gesprochen werde und er keine Atypik für Großenbreden/Hohehaus erkennen könne.

Herr Niemann widerspricht der Meinung und erklärt Herrn Hoffmeister die rechtliche Auslegung.

gez. Josef Büker
Vorsitzender

gez. Stefan Niemann
Protokollführer